

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit!»

In Vertheilung durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 8) und Dresden (Br. G. Söcher, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Die Zeitung wird täglich ausgenommen an Sonn- und Feiertagen, von 11 Uhr bis 12 Uhr, in Dresden von 6 Uhr bis 7 Uhr, am Vormittag 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.; für ein Jahr 7 Thlr. 10 Ngr.

Die Haltung, die wir den Dresdener Conferenzen und dem gegenwärtigen Stande der deutschen Frage gegenüber einnehmen, ist von mancher Seite so falsch beurtheilt worden, daß uns einige verständigende Worte hierüber nöthig scheinen. Vor allem ist es ein Angriff der Grenzboten, dessen Maß und Rücksichtslosigkeit uns bei dem bekannnten absprechenden Capitulat dieses Blattes nicht weiter beunruhigen würde, der uns aber darum zu ether Entgegnung veranlaßt, weil wir in Hinblick auf unsere früheren Erklärungen nicht annehmen können, daß er aus absichtlichen Mißverständniß hervorgegangen sei.

Die Grenzboten behaupten, die Deutsche Allgemeine Zeitung sei plötzlich „mitteldeutsch“ geworden und von ihnen abgefallen (d. h. nämlich von der eigentlich constitutionellen, klein-deutschen Partei, als deren Centralorgan sich die Grenzboten zu betrachten scheinen). Mit dem Namen „mitteldeutsch“ bezeichnet der in Erfindung neuer Kategorien und Definitionen so geschickte Verfasser, die Partei des Bundestags mit Nationalrepräsentation, die sich bisher die großdeutsche nannte, die Partei, die sich auf die Mittelstaaten, die gern Großstaaten sein möchten, vor allem auf Bayern, stützt. Wir leugnen gar nicht, daß einer unserer Correspondenten Ansichten ausgesprochen hat, die man, wenn man nun einmal Alles classificiren will, in jenem Sinne mitteldeutsch nennen könnte, obwohl sich auch dagegen noch streiten läßt. Allein ausdrücklich haben wir mehr als ein mal erklärt, daß wir es im gegenwärtigen Augenblicke für unsere Pflicht und für die Pflicht der gesammten unabhängigen Presse halten, auch voneinander abweichende Ansichten über die Lösung der deutschen Wirren zu veröffentlichen und dadurch die Verständigung zu befördern, aus der allein uns Heil kommen kann. In diesem unabhängigen, verständigenden Sinne werden wir fortfahren zu wirken.

Was den gegenwärtigen Stand der deutschen Frage betrifft, so haben wir allerdings die Ansicht, daß es jetzt weniger als je an der Zeit sei, von einem in doctrinärer Weise festgehaltenen Punkte aus jede Modification der auch von uns vertretenen Politik unbedingt zurückzuweisen. Wir wußten freilich nicht, daß Dies ein Abfall sei von den Grundsätzen der constitutionellen Partei. Es ist ein schönes Ziel, das sich die Grenzboten stellen, „Constitutionelle Centralisation Oesterreichs in sich selbst, constitutionelle Centralisation Deutschlands durch Preußen, Auflösung des Verhältnisses beider Staatsgebiete in einen freien Vertrag.“ Allein, daß solche Ideen gegenwärtig nur in das Gebiet frommer Wünsche gehören, nicht in das wirklich erreichbare und darum allein politischer Discussion zu unterwerfende Mögliche, das glauben wir außer den Grenzboten alle rüßig überlegenden Politiker. Was hilft es, fortwährend wenn auch mit vollkommenem Rechte zu versichern, daß Preußen, das in Kurhessen und in Schleswig-Holstein intervenirt, das Preußen des Hrn. v. Manteuffel sei nicht das wahre Preußen, der Staat, allein derufen, die patriotischen Hoffnungen Deutschlands zu erfüllen? Was hilft es, Oesterreich immer von neuem in die Stellung zurückzuweisen zu wollen, die es zu Deutschlands und zu seinem eigenen Heile einnehmen sollte? Es gilt vielmehr, unsere gegenwärtige trostlose Lage mit Ruhe und Resignation ins Auge zu fassen und mit Beseitigung der blühenden zum Theil schon verschwundenen Parteiunterschiede das Heil des deutschen Vaterlandes allein als Ziel und Kampfpunkt zu betrachten. Von Oesterreich erwarten wir wenig für ein einiges freies Deutschland; auf Preußen unsere Hoffnungen zu setzen, verbietet uns die Geschichte der letzten Monate; Bayern und die übrigen Mittelstaaten haben weder in früherer, noch in neuerer und neuester Zeit die deutsche Einheit in dem Grade befördert, um auf sie jetzt große Hoffnungen setzen zu dürfen: allein die rettende Hand soll uns willkommen sein, von welcher Seite sie auch kommen mag. Wir dienen keiner Partei, sondern allein dem Vaterlande.

Die Dresdener Conferenzen.

Das Correspondenz-Bureau vom 12. Jan. sagt: Die Nachrichten aus Dresden stimmen noch darin überein, daß die blühendsten Besprechungen zwischen dem Fürsten Schwarzenberg und dem Hrn. v. Manteuffel die obwaltende Differenz noch nicht beseitigt haben. Hr. v. Manteuffel trifft im Laufe des Nachmittags noch hier ein; er wird jedenfalls bestimmte Resultate mitbringen. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit wird zwischen Hrn. v. Manteuffel und dem Fürsten Schwarzenberg auch Gegenstand der Besprechung gewesen sein. Wenn den Herzogthümern gegenüber die Commissare Preußens und Oesterreichs auch gemeinsam auftreten, so führt zunächst, nachdem Fürst Schwarzenberg erklärt hat, an dem Bundesbeschlusse von 1846 festzuhalten, in Kopen-

hagen die österreichische Regierung die Verhandlungen. Hr. v. Bruns vertritt das österreichische Cabinet in Kopenhagen. Sobald diese Verhandlungen mit Dänemark zu einem Schlusse gediehen sein werden, sollen sie den Dresdener Conferenzen vorgelegt werden.

Schleswig-Holstein.

Das Holstein, 11. Jan. (Morgens.) Auch unsere Angelegenheit, die letzte von den März-erhebungen, kann als beendet angesehen werden; auch sie ist wie alle andern Angelegenheiten, die von jener Zeit sich herdatiren, gefallen, und die Revolution ist nun vollständig dahin gebracht, wo sie vor dem März 1848 stand. Unsere Landesversammlung, welche von gestern Abend 8 Uhr bis heute Morgen 5 1/2 Uhr, die ganze Nacht hindurch eine geheime Sitzung hielt, hat mit 42 gegen 26 Stimmen den Antrag der Statthaltertschaft, sich den Forderungen der Commissare vollständig zu unterwerfen, d. h. die Armee zurückzuziehen, sie auf ein Drittel ihrer jetzigen Stärke (10,000 M.) zu reduciren, mit den Modificationen angenommen, daß die Festungen Rendsburg und Friedrichsort von den schleswig-holsteinischen Truppen besetzt gehalten werden und daß die ganze Armatur und das Kriegsmaterial daselbst deponirt bleiben sollen.

Wir zweifeln, daß dieser Vorbehalt von den Commissaren genehmigt werden wird, denn Friedrichsort liegt ohne Zweifel in Schleswig und gehört zu diesem Lande, über welches formell die Commissare nicht zu bestimmen haben, als lediglich dessen Räumung von Bundesstruppen zu fordern. Der Wortlaut des Waffenstillstandes vom 2. Juli v. J. fest aber ausdrücklich fest, daß Schleswig von Bundesstruppen gänzlich geräumt werden soll. Was Rendsburg betrifft, so ist es trotz allen Einwandes eine Bundesfestung, die zu Holstein gehört, allein die nördlichen Außenwerke jenseit der Eider liegen auf schleswigischem Gebiet und es fragt sich sehr, ob die Commissare die Besetzung dieses wichtigsten Punktes durch schleswig-holsteinische Truppen zugeben werden, da wir es als ganz notorisch verbürgen können, daß von Seiten der Commissare keine Unterhandlung angenommen worden ist, sondern daß es sich darum gehandelt hat, sich unbedingt den Befehlen der Bundesgewalt zu unterwerfen oder nicht. Im erstern Falle sollen die Oesterreicher als befreundete Bundesstruppen im Lande einrücken und das Land pacificiren; im letztern Fall als feindliche Truppen, um durch Waffengewalt die Unterwerfung zu erzwingen. Das Erstere wird nun erfolgen, da die Statthalterchaft die Entwaffnung nachgegeben und die Macht, einen Widerstand zu leisten, damit gänzlich gebrochen ist. Die Commissare haben wohlweislich erst diese Cardinalforderung gestellt, um die Oesterreicher ins Land hineinzuführen; ist Dies geschehen, dann werden die andern Forderungen nach der Reihenfolge gestellt werden, deren Ausführung die österreichischen Truppen im Weigerungsfalle zu vollziehen haben werden.

Wir besitzen nicht die hoffnungsvolle Politik gewisser Sentimentalisten, die noch immer hoffen und glauben, man werde mit Holstein anders verfahren als mit andern deutschen Bundesländern; hat man von den Fürsten anerkannte Constitutionen verüchtigt, wie wird man unsere nicht vom Monarchen anerkannte bestehen lassen. Das sind eitle Täuschungen gläubiger Dystimisten! Es ist bereits ein Commissar von Dänemark ernannt — der Name ist noch nicht bekannt — der mit den beiden Commissaren von Oesterreich und Preußen vorläufig gemeinschaftlich Holstein und Lauenburg regieren soll, natürlich mit Beseitigung aller seit dem März gemachten veränderten Institutionen; ferner sollen diese drei Commissare später in Beratung treten, um die Ausarbeitung zur definitiven Regelung, sowohl der Verhältnisse von Holstein und Lauenburg in seinem Innern, als der Verhältnisse Holsteins zu Schleswig, unter Zugrundelegung des Bundesbeschlusses vom 17. Sept. 1846, zu entwerfen, welche alsdann vom Deutschen Bunde und dem Könige von Dänemark zu vereinbaren sei. Das Dies noch einige Zeit auf sich warten lassen wird, versteht sich von selbst und bei der Durchführung der Regierungsmaßregeln, nach Aufhebung der Landesversammlung und der Staatsgrundgesetze, wird man jedenfalls auf den gründlichsten passiven Widerstand der Beamten und Einwohner stoßen, sodas Gewaltmaßregeln in noch härterem Grade als in Hessen zur Anwendung gebracht werden müssen. Es sind Dies traurige Ausichten für die Zukunft, allein Illusionen und Täuschungen über die nackte Wirklichkeit ändern Nichts, sondern sind geneigt, die Leichtgläubigen zu täuschen. Das Erkennen der Wirklichkeit ist jedoch schon ein großer Gewinn, gegenüber ewig harrenden Phantasten und politischen Schwärmern, die hier das Ding haupt-